



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Jugendhilfeausschusses am 06.11.2025**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Festsaal,  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale),

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 18:31 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend waren:**

Philipp Pieloth	Ausschussvorsitzender SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Paul Backmund	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Ute Haupt	Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Annette Kreuzfeldt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Friedemann Raabe	Fraktion Volt/MitBürger
Yvonne Krause	Fraktion der Freien Demokraten (FDP) / FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle (Saale)
Uwe Kramer	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Anna Manser	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
David Leimann	stellv. stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Ulrike Pilz	Vertretung für Herrn Steffen Kohlert stellv. stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Claudia Rosa	Vertretung für Frau Dr. Gaby Hayne stellv. stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Christof Starke	Vertretung für Herrn Tobias Heinicke stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Daniel Becker	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Jerome Deubel	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Johannes-Michael Gläser	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Elias Mischke	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
René Moses	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Daniela Stech	stellv. Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Nico Teschner	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Stephan Trautwein	stellv. Beratendes Mitglied JHA
Mirko Petrick	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Robert Schönrok	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

### **Verwaltung:**

Alexander Frolow	Leiter Fachbereich Bildung
Annika Seidel-Jähnig	Referentin Geschäftsbereich Bildung und und Soziales
Ralf Schumann	Teamleiter Streetwork
Steffen Bau	Streetworker
René Lukas	Protokollführer

### **Entschuldigt fehlten:**

Katharina Brederlow	Beigeordnete Bildung und Soziales
Claudia Schmidt	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Ulrike Wölfel	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Gaby Hayne	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tobias Heinicke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Steffen Kohlert	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Toralf Fischer	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Hendrik Kluge	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Andreas Methner	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Max Nordhaus	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tatjana Privorozkaya	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Daniela Suchantke	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Susanne Willers	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

---

### **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Herr Pieloth** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

### **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Herr Pieloth** teilte mit, dass unter dem TOP 7.1.1 ein Änderungsantrag von dem stimmberechtigten Mitglied im Jugendhilfeausschuss / Vorsitzender des Unterausschuss Jugendhilfeplanung Herrn Uwe Kramer und der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2026, Haushaltskonsolidierungskonzept 2026 sowie den Beteiligungsbericht 2024 Vorlage: VIII/2025/01893 eingestellt ist.

Da es keine Wortmeldungen gab, rief **Herr Pieloth** zur Abstimmung der Tagesordnung auf.

### **Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt.

öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Kinder- und Jugendsprechstunde
5. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 02.10.2025
6. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
7. Beschlussvorlagen
  - 7.1. Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2026, Haushaltskonsolidierungskonzept 2026 sowie den Beteiligungsbericht 2024  
Vorlage: VIII/2025/01586
  - 7.1.1 Änderungsantrag von dem stimmberechtigten Mitglied im Jugendhilfeausschuss / Vorsitzender des Unterausschuss Jugendhilfeplanung Herrn Uwe Kramer und der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2026, Haushaltskonsolidierungskonzept 2026 sowie den Beteiligungsbericht 2024  
Vorlage: VIII/2025/01893
  - 7.2. Dritte Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VIII/2025/01115
  - 7.3. Neuberufung der Mitglieder des Bildungsbeirates Halle (Saale)  
Vorlage: VIII/2025/01658
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
9. Mitteilungen
  - 9.1. Jahresplanung Jugendhilfeausschuss 2025  
Vorlage: VIII/2025/01830
  - 9.2. Präsentation Jahresbericht Streetwork 2024  
Vorlage: VIII/2025/01837
10. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
  - 10.1. Anfrage der Fraktion Volt / MitBürger zur Kitasozialarbeit, Sprach-Kitas und dem Förderprogramm „Empowerment für Eltern“, hier: Nachfragen  
Vorlage: VIII/2025/01838
  - 10.2. Anfrage der Fraktion Volt / MitBürger zum Stand der Einführung von Verfahrenslots\*innen (II)  
Vorlage: VIII/2025/01839
  - 10.3. Anfrage der Fraktion Volt / MitBürger zur Fortschreibung des Präventionskonzepts  
Vorlage: VIII/2025/01840
11. Anregungen

nicht öffentlicher Teil

12. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 02.10.2025
13. Beschlussvorlagen
14. Anträge von Fraktionen und Stadträten
15. Mitteilungen
16. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
17. Anregungen

### zu 3 Einwohnerfragestunde

---

#### zu 3.1 Fragesteller zur Projektübersicht der Hallianz für Vielfalt

---

**Der Fragesteller** bezog sich auf den Jahresbericht der Hallianz für Vielfalt verbunden mit der dazugehörigen Projektübersicht. Er stellte fest, dass diese Projektübersicht noch nicht vorgestellt bzw. veröffentlicht wurde. Er erkundigte sich, wann diese Projektübersicht zur Verfügung gestellt wird.

**Herr Frolow** sagte eine schriftliche Antwort zu.

### zu 4 Kinder- und Jugendsprechstunde

---

Es gab keine Fragen zur Kinder- und Jugendsprechstunde.

### zu 5 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 02.10.2025

---

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 02.10.2025, sodass diese von den Ausschussmitgliedern bestätigt wurde.

**Abstimmungsergebnis:** bestätigt

### zu 6 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

---

Es gab keine Bekanntgabe von gefassten Beschlüsse in der nicht öffentlichen Sitzung.

### zu 7 Beschlussvorlagen

---

#### zu 7.1 Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2026, Haushaltskonsolidierungskonzept 2026 sowie den Beteiligungsbericht 2024 Vorlage: VIII/2025/01586

---

**Herr Frolow** teilte mit, dass im letzten Jugendhilfeausschuss zur Haushaltsbeschlussvorlage umfangreich informiert wurde. Die Antwortübersicht zu den eingestellten Fragen liegt im Session vor. Zum vorliegenden Änderungsantrag hat die Verwaltung fachlich nichts auszusetzen. Er wies aber darauf hin, dass das Hauptproblem jedoch die finanziellen Zwänge sind, die eine Zustimmung momentan unmöglich machen, da die zusätzlichen Mittel ungedeckt wären. Auch im Sinne der Umsetzung der Jugendhilfeplanung.

**Frau Seidel-Jähnig** fügte hinzu, dass die Verwaltung verpflichtet ist, im kommenden Jahr einen genehmigungsfähigen Haushalt zu präsentieren, damit die Stadt Halle (Saale)

weiterhin handlungsfähig bleibt. Dieses Pflichtbewusstsein soll die Debatte nicht einschränken, sollte aber als Hinweis berücksichtigt werden.

**Herr Pieloth** schlug vor, dass die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses zunächst auf die eingestellten Fragen eingehen können, um gegebenenfalls Rückfragen zu stellen. Er betonte, dass vor allem die Fraktion Volt-Mitbürger und die SPD-Fraktion mehrere Fragen eingereicht haben.

**Herr Raabe** bezog sich auf die Frage zum Unterhaltsvorschussgesetz. Er bat die Verwaltung, die bereits gegebene Antwort nochmalig zu erläutern.

**Herr Loll** erläuterte, dass die Wertberechtigung im Jahresabschluss durch die Kämmerei erfolgt. Dabei werden alle Forderungen gemäß § 7 UVG erneut geprüft, gewertet und ggf. wertkorrigiert, da ein Anteil der Rückforderungen wahrscheinlich nicht eingehen wird. Aufgrund dieses Prozentsatzes werden die Forderungen nach dem Niederstwertprinzip bewertet. Deshalb erfolgt die Wertkorrektur.

**Herr Heym** erkundigte sich, ob die Rechtslage weiterhin vorsieht, dass Forderungen vom unterhaltsberechtigten Elternteil an das Land abgetreten werden, um von dort dann eingetrieben wird.

**Herr Frolow** wies darauf hin, dass hierbei der Sachverhalt des „Rückgriffs“ gemeint ist. Dieser wird weiterhin ausgeführt, weil es gesetzlich keine Änderung gibt.

**Herr Kramer** stellte fest, dass die Haushaltssituation der Stadt Halle angespannt ist und dass er die geforderte Summe von 500.000 Euro auch aus seiner Erfahrung als Unterausschussvorsitzender Jugendhilfeplanung hergeleitet hat. Er verglich die Jugendarbeit der Stadt Halle mit anderen Städten und zeigte auf, dass die Stadt Halle (Saale) inzwischen aufgeholt hat, aber sich immer noch im Bereich der roten Laterne aufhält. Er betonte, dass die in der Jugendhilfeplanung festgelegten Maßnahmen evaluiert, wirtschaftlich und wissenschaftlich abgewogen wurden. Der Haushaltsentwurf von 2024 wurde bis 2026 fortgeschrieben; 2025 gab es keine Jahreskonsolidierung, weil bereits Personal reduziert wurde. **Herr Kramer** sagte, dass mit der Prioritätenvorlage im Dezember erneut geprüft werden muss, wie weiter gekürzt wird, wobei bestehende, sinnvolle Projekte bevorzugt fortgeführt werden sollten, da Neueinrichtungen von Projekten kostenintensiver seien. Er bemerkte, dass hierbei eine große Unsicherheit über die Deckung der 500.000 Euro besteht aber er sich über die Unterstützung der SPD-Fraktion freut, die damit den Weg des Antrags vom Jugendhilfeausschuss bis zum Stadtrat ebnet. Abschließend bat er um Zustimmung des vorliegenden Änderungsantrags.

**Frau Haupt** bestätigte, dass eine Jugendhilfeplanung beschlossen wurde und damit finanzielle Mittel fließen müssen. Sie sagte, dass sie den Änderungsantrag unterstützt, macht aber gleichzeitig auf die mögliche Deckungslücke der geforderten 500.000 Euro aufmerksam. **Frau Haupt** stellte fest, dass auch die SPD-Fraktion Mit Antragsteller beim Änderungsantrag ist und somit sollte auch in der Fraktion über Lösungen von Deckungsvorschlägen diskutiert werden. Sie wies darauf hin, dass nicht nur im Jugendhilfeausschuss, sondern auch in anderen Ausschüssen finanzielle Mittel benötigt werden. Aus diesem Grund sieht sie insgesamt die finanzielle Unsicherheit als zentrales Problem. Sie erkundigte sich, ob die Verwaltung einen Deckungsansatz auch hinsichtlich der bevorstehenden Beschlussvorlage „Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe“ sieht.

**Herr Frolow** teilte mit, dass die Verwaltung zum jetzigen Zeitpunkt keinen Deckungsvorschlag geben kann. Er teilte mit, dass der Entwurf der Beschlussvorlage bereits fertiggestellt ist und sich in der Verwaltung in der Beteiligung befindet. Er sieht vor, mit den vorhandenen Mitteln gemäß dem Haushaltsplanentwurf auszukommen, wobei Prioritäten gesetzt werden müssen.

**Frau Haupt** erwähnte den Stellenplan auf der Seite 1284. Dort ist eine Stelle Sachbearbeiter Betreuung Jugendparlament in der Gehaltsgruppe E9a ersichtlich. Diese Stelle ist jetzt umgewandelt in einen IT-Projekt- und Prozessmanager. Ihrer Meinung nach; war diese Stelle zusätzlich für den Kinder- und Jugendrat angedacht. Die bat die Verwaltung um Erklärung.

**Frau Seidel-Jähni**g sicherte eine schriftliche Antwort zu.

**Frau Haupt** findet diesen Vorgang für eine endgültige Beschlussfassung im Jugendhilfeausschuss ungünstig. Sie würde diesen Punkt nicht beschließen wollen.

**Herr Heym** wies auf das erneute jährliche Dilemma hin, wobei die Entscheidung des Ausschusses schon absehbar ist. Er kritisierte, dass in der Vergangenheit stets eine Erhöhung der Zuweisungen durchgesetzt wurde und der Finanzausschuss am Ende über die Finanzierungen verhandeln muss. **Herr Heym** sagte, dass die Intention des Änderungsantrags nachvollziehbar ist, es aber eine Aufforderung aus dem OB-Büro gibt, in jedem Ressort Einsparmöglichkeiten zu finden und Prioritäten zu setzen. Seiner Meinung nach, wäre dies der richtige Einstieg für eine Diskussion gewesen, insbesondere im Kontext der Jugendhilfeplanung. Er betonte, dass bestimmte Dinge nicht ausschließlich fiskalisch betrachtet diskutiert werden sollten. Nach seiner Ansicht wäre es dringend notwendig gewesen, erst eine Evaluierung durchzuführen, um Potenziale zu identifizieren. Die AfD-Fraktion wird dem Änderungsantrag nicht zustimmen, weil unklar ist, wie bestimmte Maßnahmen finanziert werden sollen. **Herr Heym** plädiert für eine fundierte Bewertung der Potenziale und eine klare Evaluierung, bevor Entscheidungen getroffen werden.

**Herr Pieloth** plädierte für den Änderungsantrag und betonte die Notwendigkeit, langfristig zu denken, insbesondere bei der Prävention in der Jugendarbeit. Er warnte davor, bei Prävention zu kürzen, da ansonsten langfristig Kosten steigen würden und erneut über Einsparungen diskutiert werden müsste. Er verwies auf die HzE-Kosten, die als wichtiger Bereich dienen. **Herr Pieloth** sprach sich dafür aus, stärker in Prävention zu investieren und die beschlossene Jugendhilfeplanung verbindlich umzusetzen. Er stimmte zu, dass derzeit Deckungsvorschläge fehlen, aber ein klares Signal aus den Fachausschüssen ist in diesem Fall sehr wichtig. Der Jugendhilfeausschuss sollte eine klare Position finden, zumal die Jugendhilfeplanung verbindlich beschlossen wurde. Insgesamt geht es ihm darum, Prävention zu stärken, langfristige Kosten zu vermeiden und eine verbindliche Umsetzung sicherzustellen.

**Herr Kramer** betonte, dass der Jugendhilfeausschuss kein gewöhnlicher Ausschuss ist und Freie Träger mitentscheiden dürfen. Er wies auf den Unterausschuss Jugendhilfeplanung hin, der sich speziell mit Bedarfen und Prioritäten beschäftigt und aus dessen Arbeit die Jugendhilfeplanung im März beschlossen wurde. Des Weiteren hat man in der Jugendhilfeplanung festgelegt, Stellen anzupassen, was mit Begründungen aus verschiedenen Ansätzen erfolgt sei und weder von Trägern noch von der Verwaltung oder Politik allein getragen wurde. Herr Kramer teilte mit, dass er seinen Änderungsantrag auch aus seiner Funktion als Unterausschussvorsitzender vertreten kann.

**Frau Manser** sagte, dass die Entscheidung im heutigen Jugendhilfeausschuss auf fachlicher Ebene getroffen werden sollte. Sie teilte mit, dass aktuell eine Jugendhilfe existiert, die junge Menschen aus Gefahrenlagen rettet. Im Gegensatz dazu muss aber Prävention stärker priorisiert werden und nicht erst zu handeln, nachdem Probleme entstanden sind. **Frau Manser** plädierte für den Änderungsantrag und betonte die Notwendigkeit, die Mittel für die Jüngsten in der Stadt bereitzustellen, damit der Prozess bei den Jüngsten beginnt.

**Herr Heym** betonte, dass er die grundsätzliche Zielsetzung des Änderungsantrags und die verantwortliche Jugendhilfeplanung unterstützt. Die aktuelle finanzielle Lage bleibt aber prekär. Er wies auf das Finanzloch im HzE-Bereich im städtischen Haushalt hin, welches aufgrund beschämender Ausfinanzierung durch den Gesetzgeber vorliegt. Er kritisiert, dass Ausschüsse oft fiskalisch ignorieren, ob Aufgaben erfüllbar sind oder nicht. **Herr Heym** bemerkte, dass am Ende des Prozesses der Finanzausschuss in seiner Sitzung entscheiden muss, mit welchem Risiko man Einsparungen ermöglicht. Er hinterfragte, ob das gesamte System so weiterhin sinnvoll funktioniert und ob es nötig ist, die Vorgehensweisen zu prüfen. Abschließend hob er hervor, dass es ihm heute nicht darum ging, jemanden in Bedrängnis zu bringen. Ihm ging es um die Frage der Umsetzbarkeit.

**Frau Krause** bezog sich auf die Frage von Frau Haupt zum Stellenplan auf der Seite 1284. Die Stelle ist jetzt umgewandelt in einen IT-Projekt- und Prozessmanager. Sie bat die Verwaltung, den weiteren Verlauf hinsichtlich der heutigen Abstimmung zur Beschlussvorlage zu schildern.

**Herr Frolow** teilte mit, dass der Jugendhilfeausschuss vorberatend zur Haushaltsbeschlussvorlage abstimmt. Frau Haupt hat eine entsprechende Wortmeldung dazu abgegeben, die auch protokolliert wurde. Die Verwaltung wird die Anfrage beantworten. Aus seiner Sicht ist dieser Sachverhalt unschädlich, weil im kommenden Finanzausschuss und Stadtrat über die Haushaltsbeschlussvorlage abschließend diskutiert wird und diese somit erst finalisiert ist.

**Frau Dr. Kreutzfeldt** teilte mit, dass sie dem Änderungsantrag fachlich zustimmen kann. Sie wird sich aber heute noch enthalten, weil noch eine Deckungsentscheidung offen ist.

**Herr Raabe** sagte, dass er den Sachverhalt ebenfalls in seiner Fraktion eingehender besprechen wird. Er persönlich kann dem Änderungsantrag inhaltlich zustimmen.

**Herr Heym** wies darauf hin, dass die AfD-Fraktion auf eine EinzelpunktAbstimmung verzichten wird, aber demzufolge heute den Punkt 7.1 aus bereits erwähnten Wortbeiträgen ablehnen wird.

**Frau Manser** betonte, dass es hierbei um Kinder- und Jugendhilfe geht und man sich inhaltlich gemeinsam abstimmen sollte. Sie schätzt es, sich Gedanken über die finanzielle Zukunft zu machen, erinnerte aber daran, dass man gewählt wurde, um sich hier im Jugendhilfeausschuss dafür einzusetzen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Pieloth** um Abstimmung der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis:**

**zugestimmt nach Änderungen**

**Beschlussempfehlung:**

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2026 mit dem Haushaltsplan 2026.
2. Der Stadtrat beschließt das Haushaltskonsolidierungskonzept zum Haushaltsplan 2026. Der Oberbürgermeister wird mit der Umsetzung des Konzeptes beauftragt. Finanzielle Auswirkungen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes sind in den Haushalt 2026 und in die Finanzplanung der Folgejahre einzustellen.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die städtischen Beteiligungen, bei denen die Stadt Halle (Saale) einen beherrschenden Einfluss hat, in die Haushaltskonsolidierung einzubeziehen. Im Zeitraum 2026 bis 2030 sind nachhaltig wirkende, haushaltsentlastende, unternehmenskonkrete Beiträge zur Haushaltssicherung i. H. v. mindestens 13 Mio. EUR zu identifizieren, zusammen mit einer Einschätzung damit verbundener Effekte für die Stadt und das jeweilige Unternehmen zu bewerten sowie hinsichtlich ihrer Tragfähigkeit abzuwägen und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2024 zur Kenntnis.

**zu 7.1.1 Änderungsantrag von dem stimmberechtigten Mitglied im Jugendhilfeausschuss / Vorsitzender des Unterausschuss Jugendhilfeplanung Herrn Uwe Kramer und der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2026, Haushaltskonsolidierungskonzept 2026 sowie den Beteiligungsbericht 2024  
Vorlage: VIII/2025/01893**

---

Herr Kramer brachte den Änderungsantrag ein und begründete diesen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat Herr Pieloth um Abstimmung des Änderungsantrages.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschlussempfehlung**

Erhöhung um 500.000 Euro im Haushaltsplan der Stadt Halle (Saale) 2026 in den Produkten der Jugendhilfe: Jugendarbeit 1.36201, Jugendsozialarbeit 1.36301 und Förderung der Erziehung in der Familie 1.36302

**zu 7.2 Dritte Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VIII/2025/01115**

---

Es gab keine Wortmeldungen, sodass Herr Pieloth um Abstimmung der Beschlussvorlage bat.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschlussempfehlung:**

Der Stadtrat beschließt die dritte Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) – Dritte Änderungssatzung Schulbezirkssatzung – gemäß der Anlage 1.

**zu 7.3 Neuberufung der Mitglieder des Bildungsbeirates Halle (Saale)**  
**Vorlage: VIII/2025/01658**

---

Es gab keine Wortmeldungen, sodass Herr Pieloth um Abstimmung der Beschlussvorlage bat.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

**Beschlussempfehlung:**

1. Der Stadtrat nimmt den Tätigkeitsbericht des Bildungsbeirates für die Berufsperiode 10/2021-09/2025 zur Kenntnis.
2. Der Stadtrat beruft folgende Institutionen für den Zeitraum bis zum 31.12.2029 als Mitglieder des Bildungsbeirates Halle (Saale):
  - Agentur für Arbeit Halle
  - Bürgerstiftung Halle
  - Deutscher Gewerkschaftsbund Region Halle-Dessau
  - Franckesche Stiftungen
  - Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V.
  - Handwerkskammer Halle
  - Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau
  - Jobcenter Halle
  - Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt (LISA)
  - Landesschulamt
  - LIGA der freien Wohlfahrtspflege
  - Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
  - Netzwerk freier Schulen
  - Netzwerk Umweltbildung
  - science2public e.V. – Gesellschaft für Wissenschaftskommunikation
  - Stadt Halle (Saale) – Geschäftsbereich Bildung und Soziales
  - Stadt Halle (Saale) – Geschäftsbereich Kultur und Sport
  - Stadt Halle (Saale) – Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Umwelt und Sicherheit
  - StadtElternRat
  - StadtElternvertretung
  - Stadtjugendring
  - StadtSchülerRat
  - Stadtsportbund Halle e.V.
  - Vertretung des Behindertenbeirates Halle (Saale)
3. Die Stadtverwaltung berichtet dem Stadtrat zukünftig im zweijährlichen Rhythmus zur Arbeit des Bildungsbeirates.

**zu 8 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.



## zu 9            **Mitteilungen**

---

### zu 9.1        **Jahresplanung Jugendhilfeausschuss 2025** **Vorlage: VIII/2025/01830**

---

**Herr Kramer** wies auf die kommende Beschlussvorlage zur Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe gemäß der Jugendhilfeplanung §§ 11 - 14, 16 SGB VIII in der Stadt Halle (Saale) - Prioritätensetzung 2026, 2027, 2028 und 2029. Er bemerkte, dass die nächste Sitzung, um diese Beschlussvorlage zu behandeln, die Sitzung des Jugendhilfeausschusses im Januar wäre. Diese Verzögerung wäre für die freien Träger in Bezug auf diese wichtige Beschlussvorlage sehr ungünstig. Er erkundigte sich nach einer möglichen Einberufung einer Sondersitzung.

**Herr Frolow** teilte mit, dass sich die besagte Beschlussvorlage noch in der internen Beteiligung der Verwaltung befindet. Die Verwaltung wird aber den Sachverhalt prüfen.

**Herr Raabe** erwähnte die aufgeführte Beschlussvorlage Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung gem. § 80 SGB VIII im Monat November. Diese steht heute nicht auf der Tagesordnung. Er erkundigte sich, wann diese geplant ist.

**Frau Seidel-Jähni**g teilte mit, dass sich die Beschlussvorlage noch in der internen Abstimmung befindet. Sie ist aber für die Sitzung am 27.11.2025 vorgesehen.

### zu 9.2        **Präsentation Jahresbericht Streetwork 2024** **Vorlage: VIII/2025/01837**

---

**Herr Frolow** stellte Herrn Schumann als Teamleiter Streetwork vor.

**Herr Schumann** informierte anhand einer Präsentation zum Jahresbericht Streetwork 2024 der Stadt Halle (Saale)

**Frau Haupt** würdigte das bemerkenswerte Engagement der Streetworker gerade im Bereich Gewaltprävention. Sie erkundigte sich, ob das Thema Wohnungslosigkeit bei jungen Leuten bis 27 Jahren in letzter Zeit verstärkt wahrgenommen wurde und wie aktuell eingeschätzt wird.

**Herr Bau** wies darauf hin, dass es keine konkrete Statistik zur Wohnungslosigkeit junger Menschen gibt. Es bestehen dazu oft nur Vermutungen evtl. könnte eine Zusammenarbeit mit dem Einwohnermeldeamt gewisse Klarheit schaffen. Er betonte, dass das Thema Wohnungslosigkeit zunimmt und immer mehr junge Menschen schon früh hochverschuldet sind, wobei der Schuldenberg und der Schufa-Eintrag zentrale Hürden darstellen. Zudem verweist er auf generell knappen Wohnraum sowie steigende Mieten. **Herr Bau** plädierte für konkretere Datenerhebungen und Handlungsmöglichkeiten.

**Frau Krause** bemerkte, dass die jetzige Darstellung im Wesentlichen Schwerpunkte auf Schule und Schüler zeigt, während die Arbeit von Streetwork auch ein Großteil über 18-Jährige behandelt. Sie vermisste eine umfassendere Darstellung der Arbeiten außerhalb des Schulbereichs, insbesondere wo auch ältere Menschen mit Problemen unterwegs sind. Sie betonte, dass es sich hierbei um einen Hinweis handelt, dass die Präsentation stärker

den Erwachsenenbereich berücksichtigen sollte. Des Weiteren merkte sie an, dass in der Präsentation hauptsächlich auf die Streetwork Arbeit in den Gymnasien eingegangen wird. Sie bat darum, dass auch andere Schulformen wie Sekundarschulen oder Gemeinschaftsschulen dahingehend berücksichtigt werden.

**Herr Schumann** betonte, dass das Thema nicht nur Sekundarstufen betrifft, sondern auch Gymnasien, wo Gewaltprobleme in Klassen und Hofpausen vorkommen. Er wies darauf hin, dass die öffentliche Wahrnehmung das Thema oft anders darstellt, es aber dennoch relevant ist und als Querschnittsaufgabe bearbeitet werden muss. Des Weiteren ist dieses Thema landesthematisch organisiert, weshalb eine gute Abstimmung mit Lehrern und Schulen direkt vor Ort notwendig ist.

**Herr Bau** fügte hinzu, dass man mit Sekundarschulen, Hauptschulen und allen anderen Schulen zusammenarbeitet. Die größte Ressource sieht er in der Zusammenarbeit mit freien Trägern, die die Arbeit unterstützen und ergänzen können. Er verwies auf seine Erfahrungen in der Schulsozialarbeit, wie man durch Kontakte, Kooperationen und Netzwerke verschiedene Projekte realisieren kann.

Es gab keine weiteren Fragen.

**Herr Pieloth** bedankte sich für die Ausführungen bei Herrn Schumann und Herrn Bau.

## **zu 10      Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

### **zu 10.1    Anfrage der Fraktion Volt / MitBürger zur Kitasozialarbeit, Sprach-Kitas und dem Förderprogramm „Empowerment für Eltern“, hier: Nachfragen Vorlage: VIII/2025/01838**

---

**Herr Raabe** nahm Bezug zur Frage Nr. 6. Die Antwort der Verwaltung ist, dass der EB Kita keinen Antrag gestellt hat. Zudem wird landesweit eingeschätzt, dass die Fördervoraussetzungen und auch das Antragsverfahren zu kompliziert und zu aufwendig sind. Er erkundigte sich, warum das Antragsverfahren bzw. Förderprogramm so kompliziert ist.

**Herr Frolow** bewertete das ESF-Programm Empowerment für Eltern grundsätzlich als positiv, insbesondere wegen der Elternarbeit in Kindertageseinrichtungen. Er bemängelte die späte Umsetzung durch das Auslaufen der der ESF-Förderperiode. Des Weiteren ist die umfangreiche Bürokratie und die regulatorischen Vorgaben extrem kompliziert. Dadurch würden zusätzliche Gremien nötig, um Anträge zu bewerten, was den Prozess weiter verzögere. Er erinnert daran, dass das ESF-Programm seit 2021 läuft, die Finanzlage sich aber seither verändert habe. Die kommunale Konsolidierung erschwere die Bereitstellung von Mitteln, insbesondere den 15-Prozent-Eigenanteil, der den Trägern nicht zugesichert werden könne. Für die beteiligten Träger sei dieser Anteil weder geplant noch realisierbar.

### **zu 10.2    Anfrage der Fraktion Volt / MitBürger zum Stand der Einführung von Verfahrenslots\*innen (II) Vorlage: VIII/2025/01839**

---

**Herr Raabe** erkundigte sich, ob es bereits einen Einstellungstermin für die Stelle Teamleiter/-in Verfahrenslotsen gibt.

**Herr Frolow** teilte mit, dass die Stelle ab 01.04.2026 besetzt ist.

**zu 10.3    Anfrage der Fraktion Volt / MitBürger zur Fortschreibung des  
Präventionskonzepts  
Vorlage: VIII/2025/01840**

---

**Herr Raabe** teilte mit, dass die Fraktion Volt / MitBürger sehr zufrieden mit den Formulierungen und Ausarbeitungen zu den Antworten der Verwaltung ist.

**zu 11        Anregungen**

---

**Herr Kramer** regte die Prüfung einer Sondersitzung zur Behandlung der Beschlussvorlage Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe gemäß der Jugendhilfeplanung §§ 11 - 14, 16 SGB VIII in der Stadt Halle (Saale) - Prioritätensetzung 2026, 2027, 2028 und 2029 an.

**Frau Seidel-Jähmig** teilte mit, dass die Anregung von der Verwaltung mitgenommen und geprüft wird.

Da es keine weiteren Anregungen gab, beendete **Herr Pieloth** die öffentliche Sitzung und bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

---

Philipp Pieloth  
Ausschussvorsitzender

---

René Lukas  
Protokollführer